

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll vom 18. September 1997
über den Beitritt des Königreichs Schweden
zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994 über die Erhebung
von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit
schweren Nutzfahrzeugen sowie
zu dem Zusatzübereinkommen vom 18. September 1997
zu dem vorgenannten Übereinkommen**

A. Zielsetzung

Ergänzung der rechtlichen Voraussetzungen der seit 1. Januar 1995 geltenden Gebührenerhebung von schweren Nutzfahrzeugen auf Autobahnen in der Bundesrepublik Deutschland im Regionalverbund mit den Benelux-Staaten und Dänemark durch den Beitritt Schwedens.

Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Möglichkeit einer Befreiung oder Rückerstattung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen für Fahrzeuge, die im Vor- und Nachlauf des Kombinierten Verkehrs eingesetzt werden, sofern dadurch Transporte auf diesen Straßen, hier Bundesautobahnen, vermieden werden.

B. Lösung

Zustimmung zu dem von der Bundesregierung am 18. September 1997 in Brüssel unterzeichneten Protokoll über den Beitritt des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen.

Zustimmung zu dem von der Bundesregierung ebenfalls am 18. September 1997 in Brüssel unterzeichneten Zusatzübereinkommen zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994.

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf soll der verfassungsrechtlichen Bestimmung nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes entsprochen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

1. Haushaltsausgaben

Für den Bund, Länder und Gemeinden entstehen insoweit keine Kosten.

2. Mindereinnahmen

Durch die Ratifikation dieses Gesetzentwurfs wird sich, soweit es den Beitritt des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994 betrifft, das Gebührenaufkommen aus der Autobahnbenutzungsgebühr, das ausschließlich dem Bund zufließt, geringfügig pro Jahr verringern. Dies hat seine Ursache darin, daß sich mit dem Beitritt des Königreichs Schweden auch der Schlüssel für die Verteilung des Gebührenaufkommens aus Nichtverbundstaaten ändert. Der Bundesrepublik Deutschland stehen anstatt bisher 73 vom Hundert künftig 69,16 vom Hundert dieses Aufkommens zu. Diese Mindereinnahmen werden sich voraussichtlich – unter Zugrundelegung der im Jahr 1996 erzielten Einnahmen aus Nichtverbundstaaten – auf knapp 6 Mio. DM pro Jahr belaufen.

Auf der anderen Seite erwachsen dem Bund als bilateraler Ausgleichsbetrag nach Artikel 13 Abs. 2 des Übereinkommens vom 9. Februar 1994 geschätzte jährliche Mehreinnahmen von ca. 1,9 Mio. DM. Auch wird das Gebührenaufkommen, das von Kraftfahrzeugen stammt, die außerhalb des Hoheitsgebietes der Vertragsparteien, von denen die gemeinsame Gebühr erhoben wird, zugelassen sind, ansteigen. Dies hat seine Ursache darin, daß insbesondere Fahrzeuge aus Norwegen, Finnland, den baltischen Staaten und der russischen Föderation, die schwedische Autobahnen benutzen, nunmehr auch in Schweden gebührenpflichtig sind. Die Mehreinnahmen lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen.

Insgesamt werden sich die Einnahmen voraussichtlich um ca. 2 bis 3 Mio. DM pro Haushaltsjahr senken. Diese Mindereinnahmen sind im Bundeshaushalt zu berücksichtigen.

Durch die Ratifikation dieses Gesetzentwurfs werden, soweit es das Zusatzübereinkommen betrifft, keine Mindereinnahmen entstehen, da die tatsächliche Umsetzung einer Befreiung bzw. Rückerstattung der Straßenbenutzungsgebühr für den Kombinierten Verkehr einem gesonderten Gesetzgebungsverfahren vorbehalten bleibt.

E. Sonstige Kosten

Durch die Ratifikation des Beitrittsprotokolls entstehen für die deutsche Wirtschaft und insbesondere für das deutsche Güterkraftverkehrsgewerbe grundsätzlich keine Mehrkosten. Nur in den Fällen, in denen in Deutschland zugelassene Lkw ausschließlich in Schweden Güter transportieren, ergeben sich durch die Verpflichtung zur Gebührenentrichtung Mehrkosten, die sich im marginalen Bereich bewegen. Auswirkungen auf Einzelpreise sowie das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind vor diesem Hintergrund nicht zu erwarten.

Durch die Ratifikation des Zusatzübereinkommens entstehen keine sonstigen Mehrkosten.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (323) – 920 00 – Au 12/97

Bonn, den 17. Dezember 1997

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 18. September 1997 über den Beitritt des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen sowie zu dem Zusatzübereinkommen vom 18. September 1997 zu dem vorgenannten Übereinkommen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Der Gesetzentwurf ist dem Bundesrat am 7. November 1997 als besonders eilbedürftig zugeleitet worden.

Die Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf sowie die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates werden unverzüglich nachgereicht.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf**Gesetz****zu dem Protokoll vom 18. September 1997
über den Beitritt des Königreichs Schweden
zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994
über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung
bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen
sowie zu dem Zusatzübereinkommen vom 18. Sep-
tember 1997 zu dem vorgenannten Übereinkommen****Vom**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

(1) Folgenden völkerrechtlichen Übereinkünften wird zugestimmt:

1. dem in Brüssel am 18. September 1997 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll über den Beitritt des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen (BGBl. 1994 II S. 1768),
2. dem in Brüssel am 18. September 1997 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Zusatzübereinkommen zu dem vorgenannten Übereinkommen.

(2) Das Protokoll und das Zusatzübereinkommen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Soweit das Autobahnbenutzungsgebührengesetz für schwere Nutzfahrzeuge – ABBG – vom 30. August 1994 (BGBl. 1994 II S. 1765, 2476) auf das Übereinkommen vom 9. Februar 1994 verweist, gilt dies als Verweis auf das Übereinkommen in der durch das nachstehend veröffentlichte Protokoll geänderten Fassung und auf das nachstehend veröffentlichte Zusatzübereinkommen als Bestandteil dieses Übereinkommens.

Artikel 3

(1) Artikel 2 dieses Gesetzes tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 3 Abs. 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt oder nach seinem Artikel 3 Abs. 3 vorläufig angewendet wird. Hinsichtlich des Zusatzübereinkommens tritt Artikel 2 dieses Gesetzes an dem Tag in Kraft, an dem das Zusatzübereinkommen nach seinem Artikel 2 Abs. 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt. Im übrigen tritt dieses Gesetz am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen das Protokoll nach seinem Artikel 3 Abs. 1 und das Zusatzübereinkommen nach seinem Artikel 2 Abs. 1 in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben. Das gleiche gilt für den Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 3 Abs. 3 vorläufig angewendet wird.

Begründung zum Vertragsgesetz

I. Allgemeiner Teil

A. Schweden bekundete Ende 1995 seinen Wunsch zum Beitritt des am 9. Februar 1994 in Brüssel von den Benelux-Staaten, Dänemark und Deutschland gezeichneten Übereinkommens über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen. Artikel 16 des Übereinkommens vom 9. Februar 1994 sieht vor, daß jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union dem Übereinkommen beitreten kann.

In der Folge wurde ein Beitrittsabkommen zwischen den Verbundstaaten auf der einen Seite und Schweden auf der anderen Seite ausgehandelt.

Das Protokoll zum Beitritt Schwedens zum Verbundabkommen vom 9. Februar 1994 wurde am 25./26. Juni 1996 in Kopenhagen paraphiert und am 18. September 1997 in Brüssel unterzeichnet.

B. Das Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen vom 9. Februar 1994 räumt den Regierungen der Vertragsparteien Belgien, Dänemark, Deutschland, Luxemburg, der Niederlande und nach seinem Beitritt zum Übereinkommen auch Schweden die Möglichkeit ein, Lastkraftwagen im Vor- und Nachlauf des Kombinierten Verkehrs ganz oder teilweise von der Gebührenpflicht nach Artikel 3 des Übereinkommens vom 9. Februar 1994 zu befreien oder bereits entrichtete Gebühren zurückzuerstatten. Eine Verpflichtung hierzu besteht jedoch nicht.

Dieses Zusatzübereinkommen wurde am 3. September 1996 in Brüssel paraphiert und am 18. September 1997 in Brüssel, zeitlich nach der Unterzeichnung des Protokolls zum Beitritt Schwedens zum Verbundabkommen, unterzeichnet.

Die Umsetzung der durch das Zusatzübereinkommen geschaffenen Möglichkeit einer Befreiung bzw. Rückerstattung der Straßenbenutzungsgebühr für den Kombinierten Verkehr in Deutschland bleibt einem gesonderten Gesetzgebungsverfahren vorbehalten.

C. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen die innerstaatlichen Voraussetzungen der Notifikation nach Artikel 3 des Protokolls und nach Artikel 2 des Zusatzübereinkommens erfüllt werden.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Auf das Protokoll über den Beitritt des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen sowie auf das Zusatzübereinkommen zu diesem Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 dient lediglich zur Klarstellung, daß das Übereinkommen vom 9. Februar 1994 nunmehr in der Fassung des Beitrittsprotokolls vom 18. September 1997 Anwendung findet, soweit im Autobahnbenutzungsgebührengesetz für schwere Nutzfahrzeuge – ABBG – vom 30. August 1994 (BGBl. 1994 II S. 1765, 2476) hierauf verwiesen wird. Entsprechendes gilt für das Zusatzübereinkommen.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Protokoll nach seinem Artikel 3 Abs. 1 und das Zusatzabkommen nach seinem Artikel 2 Abs. 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

**Protokoll
über den Beitritt des Königreichs Schweden
zu dem Übereinkommen über die Erhebung von Gebühren
für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen**

**Protocole
relatif à l'adhésion du Royaume de Suède
à l'Accord relatif à la perception d'un droit d'usage
pour l'utilisation de certaines routes par des véhicules utilitaires lourds**

**Protokoll
om Konungariket Sveriges anslutning
till avtalet om uttag av en avgift
för tunga fordon som använder vissa vägar**

Die Regierungen
des Königreichs Belgien
des Königreichs Dänemark
der Bundesrepublik Deutschland
des Großherzogtums Luxemburg und
des Königreichs der Niederlande

Les Gouvernements de
la République fédérale d'Allemagne
du Royaume de Belgique
du Royaume du Danemark
du Grand-Duché de Luxembourg et
du Royaume des Pays-Bas

Regeringarna i
Konungariket Belgien
Konungariket Danmark
Förbundsrepubliken Tyskland
Storhertigdömet Luxemburg och
Konungariket Nederländerna

als Vertragsparteien des Übereinkommens vom 9. Februar 1994 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen, einerseits und

en tant que parties contractantes à l'Accord du 9 Février 1994 relatif à la perception d'un droit d'usage pour l'utilisation de certaines routes par des véhicules utilitaires lourds, d'une part, et

som avtalsslutande parter i avtalet om uttag av en avgift för tunga fordon som använder vissa vägar, undertecknat i Bryssel den 9 februari 1994, nedan kallat "avtalet den 9 februari 1994", å ena sidan och

die Regierung des Königreichs Schweden
andererseits –

le Gouvernement du Royaume de Suède,
d'autre part,

regeringen i Konungariket Sverige å
andra sidan

in Anbetracht des Wunsches des Königreichs Schweden, dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994 unter Bezugnahme auf dessen Artikel 16 beizutreten –

considérant le souhait du Royaume de Suède d'adhérer à l'Accord du 9 février 1994 en se référant à l'article 16 de cet Accord,

har i anledning av Konungariket Sveriges önskan att ansluta sig avtalet den 9 februari 1994 och med hänvisning till artikel 16 i detta avtal kommit

sind wie folgt übereingekommen:

sont convenus de ce qui suit:

överens om följande:

Artikel 1

Das Königreich Schweden tritt dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994 in seiner durch das vorliegende Protokoll geänderten Fassung bei.

Article 1^{er}

Le Royaume de Suède adhère à l'Accord du 9 février 1994 dans sa version telle que modifiée par le présent Protocole.

Artikel 1

Konungariket Sverige ansluter sig till avtalet den 9 februari 1994 i dess genom föreliggande protokoll ändrade lydelse.

Artikel 2

(1) Artikel 2 Absatz 2 des Übereinkommens vom 9. Februar 1994 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Im übrigen bedeutet im Sinne dieses Übereinkommens

„Hoheitsgebiet der Vertragsparteien“ das jeweilige europäische Hoheitsgebiet des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs der Niederlande und des Königreichs Schweden.“

Article 2

(1) L'article 2, paragraphe 2, de l'Accord du 9 février 1994 est remplacé par les dispositions suivantes:

«Par ailleurs, aux fins du présent Accord, on entend par:

«le territoire des Parties contractantes» respectivement le territoire européen de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume de Belgique, du Royaume du Danemark, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume des Pays-Bas et du Royaume de Suède.»

Artikel 2

(1) Artikel 2, punkt 2 i avtalet den 9 februari 1994 ersätts med följande bestämmelse:

”För övrigt avses i detta avtal med

”de avtalsslutande parternas territorium” Konungariket Belgiens, Konungariket Danmarks, Förbundsrepubliken Tysklands, Storhertigdömet Luxemburgs, Konungariket Nederländernas och Konungariket Sveriges respektive territorier i Europa”.

(2) Artikel 13 Absatz 3 Unterabsatz 3 des Übereinkommens vom 9. Februar 1994 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Das so festgestellte Gebührenaufkommen wird zwischen den Vertragsparteien wie folgt verteilt:

- das Königreich Belgien erhält 12,31 vom Hundert dieses Aufkommens,
- das Königreich Dänemark erhält 3,79 vom Hundert dieses Aufkommens,
- die Bundesrepublik Deutschland erhält 69,16 vom Hundert dieses Aufkommens,
- das Großherzogtum Luxemburg erhält 0,97 vom Hundert dieses Aufkommens,
- das Königreich der Niederlande erhält 8,52 vom Hundert dieses Aufkommens,
- das Königreich Schweden erhält 5,25 vom Hundert dieses Aufkommens.“

Artikel 3

(1) Dieses Protokoll tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem alle Vertragsparteien der Kommission der europäischen Gemeinschaften auf diplomatischem Weg schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Der Verwahrer übermittelt den Regierungen aller Vertragsparteien die in Absatz 1 bezeichneten Mitteilungen und teilt ihnen den Tag des Inkrafttretens dieses Protokolls mit.

(3) Ist dieses Protokoll am 1. Januar 1997 nicht nach Absatz 1 in Kraft getreten, so können die Vertragsparteien, nachdem das Königreich Schweden die für das Inkrafttreten des Protokolls erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt hat, das Protokoll nach Maßgabe ihrer Gesetze und sonstigen Vorschriften vorläufig anwenden.

(4) Eine Urschrift des Übereinkommens vom 9. Februar 1994 in schwedischer Sprache, die gleichermaßen verbindlich ist wie der dänische, französische, niederländische und deutsche Wortlaut, wird im Archiv der Kommission der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften übermittelt jeder Vertragspartei eine beglaubigte Abschrift.

Geschehen zu Brüssel am 18. September 1997 in dänischer, deutscher, französischer, niederländischer und schwedischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Kommission der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt und verwahrt wird; diese übermittelt jeder Vertragspartei eine beglaubigte Abschrift.

(2) L'article 13, paragraphe 3, alinéa 3 de l'Accord du 9 février 1994 est remplacé par les dispositions suivantes:

«Le produit du droit d'usage ainsi déterminé est reparti de la façon suivante entre les Parties contractantes:

- le Royaume de Belgique obtient 12.31% de ce produit;
- le Royaume de Danemark obtient 3.79% de ce produit;
- la République fédérale d'Allemagne obtient 69.16% de ce produit;
- le Grand-Duché de Luxembourg obtient 0.97% de ce produit;
- le Royaume des Pays-Bas obtient 8.52% de ce produit;
- le Royaume de Suède obtient 5.25% de ce produit.»

Article 3

(1) Le présent Accord entre en vigueur le premier jour du mois suivant celui durant lequel toutes les Parties contractantes ont notifié par écrit à la Commission des Communautés européennes par voie diplomatique que les exigences constitutionnelles nationales nécessaires à son entrée en vigueur sont remplies.

(2) Le depositaire transmet aux Gouvernements de toutes les Parties contractantes les notifications visées au paragraphe 1er de cet article ainsi que la date de l'entrée en vigueur du présent Accord.

(3) Au cas où le présent Accord n'a pas fait l'objet de la notification visée au paragraphe 1^{er} alors qu'il a été ratifié et mis en oeuvre par le Royaume de Suède, les autres Parties contractantes peuvent l'appliquer à titre provisoire jusqu'à son entrée en vigueur.

(4) L'accord du 9 février 1994 rédigé en langue suédoise fait foi, au même titre que les langues allemande, danoise, française et néerlandaise, dans un original déposé dans les archives de la Commission des Communautés européennes; celle-ci transmet à chaque Partie contractante une copie certifiée conforme.

Fait à le 1997 en langue allemande, danoise, française, néerlandaise et suédoise, chaque texte faisant également foi, dans un original déposé dans les archives de la Commission des Communautés européennes; celle-ci transmet à chaque Partie contractante une copie certifiée conforme.

(2) Artikel 13, punkt 3, stycke 3 i avtalet den 9 februari 1994 ersätts med följande bestämmelse:

”De fastställda avgiftsintäkterna skall fördelas mellan de avtalsslutande parterna enligt följande:

- Konungariket Belgien erhåller 12,31% av intäkterna,
- Konungariket Danmark erhåller 3,79% av intäkterna,
- Förbundsrepubliken Tyskland erhåller 69,16% av intäkterna,
- Storhertigdömet Luxemburg erhåller 0,97% av intäkterna,
- Konungariket Nederländerna erhåller 8,52% av intäkterna,
- Konungariket Sverige erhåller 5,25% av intäkterna”.

Artikel 3

(1) Detta protokoll träder i kraft den första dagen i den månad som följer efter den månad då alla avtalsslutande parter på diplomatisk väg skriftligen har meddelat Europeiska gemenskapernas kommission att de nationella konstitutionella bestämmelserna för ikraftträdandet har uppfyllts.

(2) Depositarien notifierar regeringen hos alla avtalsslutande parter om de meddelanden som nämns i punkt 1 i denna artikel och om dagen då detta protokoll träder i kraft.

(3) Om dette protokoll inte har trätt i kraft den 1. januari 1997 i enlighet med första stycket i denna artikel får de avtalsslutande parterna, efter det att Konungariket Sverige har uppfyllt de nationella konstitutionella bestämmelserna för ikraftträdandet av protokollet, i enlighet med sina lagar och andra föreskrifter interimistiskt tillämpa protokollet.

(4) Avtalet den 9 februari 1994 på svenska språket, som är lika giltigt som de danska, franska, holländska och tyska texterna, skall i originalversion deponeras i arkivet hos Europeiska gemenskapernas kommission. Europeiska gemenskapernas kommission översänder en bestyrkt kopia till var och en av de avtalsslutande parterna.

Upprättat i den 1997 på danska, franska, holländska, tyska och svenska språken, som alla är lika giltiga, i en originalversion som deponeras i arkivet hos Europeiska gemenskapernas kommission. Europeiska gemenskapernas kommission sänder en bestyrkt kopia till var och en av de avtalsslutande parterna.

Zusatzübereinkommen
zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994
über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung
bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen

Accord additionnel
à l'Accord du 9 février 1994 relatif à la perception
d'un droit d'usage pour l'utilisation de certaines routes
par des véhicules utilitaires lourds concernant une exemption pour le transport combiné

Tillägg
till Avtal av den 9 februari 1994
om uttag av en avgift för tunga fordon
som använder vissa vägar gällande undantag för Kombitrafik

Die Regierungen
des Königreichs Belgien,
des Königreichs Dänemark,
der Bundesrepublik Deutschland,
des Großherzogtums Luxemburg,
des Königreichs der Niederlande und
des Königreichs Schweden –

Les Gouvernements
de la République fédérale d'Allemagne,
du Royaume de Belgique,
du Royaume du Danemark,
du Grand-Duché de Luxembourg,
du Royaume des Pays-Bas
et du Royaume de Suède

Reseringarna i
Konungariket Belgien,
Konungariket Danmark,
Förbundsrepubliken Tyskland,
Storhertigdömet Luxemburg,
Konungariket Nederländerna, och
Konungariket Sverige,

von dem Wunsch geleitet, die Möglichkeit einer Befreiung von Kraftfahrzeugen, die im Kombinierten Verkehr zum Einsatz kommen, von der Gebührenpflicht nach Artikel 3 des Übereinkommens im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien, die dies wünschen, vorsehen zu können und

Desireux de pouvoir prévoir sur le territoire des Parties contractantes qui le souhaitent pour les véhicules utilisés dans le cadre du transport combiné une exemption du droit d'usage exigé par l'article 3 de l'Accord, et

som önskar tillse att möjlighet ges att undanta motorfordon som används i kombinerade transporter från skyldighet att betala vägavgift enligt avtalets artikel 3 inom territorier som tillhör de avtalsslutande parter som önskar göra detta, och

in Anbetracht des Beitritts der Regierung des Königreichs Schweden zu dem vorgenannten Übereinkommen –

Considerant l'adhésion du Royaume de Suède à l'Accord précité,

som beaktar Konungariket Sveriges anslutning till ovannämnda avtal,

sind wie folgt übereingekommen:

sont convenus de ce qui suit:

har kommit överens om följande:

Artikel 1

(1) Unbeschadet der Bestimmungen des Übereinkommens vom 9. Februar 1994 im übrigen, kann jede Vertragspartei für ihr Hoheitsgebiet Kraftfahrzeuge, die Beförderungen im Kombinierten Güterverkehr im Sinne der Richtlinie 92/106/EWG des Rates vom 7. Dezember 1992 durchführen, ganz oder teilweise von der Gebührenpflicht nach Artikel 3 des Übereinkommens vom 9. Februar 1994 befreien oder bereits gezahlte Gebühren zurückerstatten. Dabei ist jede Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit auszuschließen.

(2) Macht eine Vertragspartei von der in Absatz 1 bezeichneten Möglichkeit Gebrauch, so unterrichtet sie die anderen Vertragsparteien im Rahmen des Koordinierungsausschusses (Artikel 14 des Übereinkommens) über Form und Inhalt des vorgesehenen Verfahrens der Befreiung oder Rückerstattung.

Article premier

(1) Sans préjudice des autres dispositions de l'Accord du 9 février 1994, chaque Partie contractante peut exempter, en partie ou complètement, sur son territoire des véhicules effectuant des transports dans le cadre du transport combiné au sens de la Directive 92/106/CEE du Conseil du 7 décembre 1992, du droit d'usage prévu à l'article 3 de l'Accord du 9 février 1994, ou rembourser des droits d'usage déjà acquittés. Dans ce contexte, toute discrimination exercée en raison de la nationalité est exclue.

(2) Lorsqu'une Partie contractante utilise la possibilité qui lui est offerte par le paragraphe 1^{er}, elle informe les autres Parties contractantes dans le cadre du comité de coordination (article 14 de l'Accord) sur les modalités et le contenu de la procédure d'exemption ou de remboursement prévue.

Artikel 1

1. Utan att detta påverkar de övriga bestämmelserna i avtalet av den 9 februari 1994, får varje avtalsslutande part med avseende på sitt eget territorium helt eller delvis undanta motorfordon, som deltar i kombinerade transporter enligt betydelsen i rådets direktiv 92/106/EG av den 7 december 1992, från vägavgift enligt artikel 3 i avtalet av den 9 februari 1994 eller återbetala redan erlagda avgifter. Härvidlag är varje form av diskriminering på grund av nationalitet utesluten.

2. Om en avtalsslutande part begagnar sig av möjligheten enligt punkt 1 ovan, skall den underrätta de övriga avtalsslutande parterna inom ramen för samordningskommittén (artikel 14 i avtalet) om formerna för och innehållet i det tillämnade förfarandet för undantag eller återbetalning.

Artikel 2

(1) Dieses Zusatzübereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem alle Vertragsparteien der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf diplomatischem Weg schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Der Verwahrer übermittelt den Regierungen aller Vertragsparteien die in Absatz 1 bezeichneten Mitteilungen und teilt ihnen den Tag des Inkrafttretens dieses Zusatzübereinkommens mit.

(3) Dieses Zusatzabkommen ist Bestandteil des Übereinkommens vom 9. Februar 1994 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen.

Geschehen zu Brüssel am 18. September 1997 in dänischer, deutscher, französischer, niederländischer und schwedischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Kommission der Europäischen Gemeinschaften gemeinsam mit dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994 hinterlegt und verwahrt wird; diese übermittelt jeder Vertragspartei eine beglaubigte Abschrift.

Article 2

(1) Le présent Accord additionnel entre en vigueur le premier jour du mois suivant celui où toutes les Parties contractantes ont notifié à la Commission des Communautés européennes par voie diplomatique que les exigences constitutionnelles nationales à l'entrée en vigueur sont remplies.

(2) Le dépositaire transmet aux gouvernements de toutes les Parties contractantes les notifications visées au paragraphe 1^{er} et leur communique la date de l'entrée en vigueur du présent Accord additionnel.

(3) Le présent Accord additionnel fait partie intégrante de l'Accord du 9 février 1994 relatif à la perception d'un droit d'usage pour l'utilisation de certaines routes par des véhicules utilitaires lourds.

Fait àle.....en langues allemande, danoise, française, néerlandaise et suédoise, chaque texte faisant également foi, dans un original déposé avec l'Accord du 9 février 1994 dans les archives de la Commission des Communautés européennes; celle-ci transmet à chaque Partie contractante une copie certifiée conforme.

Artikel 2

1. Detta tilläggsavtal skall träda i kraft den första dagen i den månad som följer efter den månad då alla avtalsslutande parter på diplomatisk väg har meddelat Europeiska gemenskapernas kommission att de nationella konstitutionella bestämmelserna för ikraftträdande har uppfyllts.

2. Depositarien skall notifiera alla de avtalsslutande parternas regeringar om de meddelanden som nämns i punkt 1 i denna artikel och om dagen då detta tilläggsavtal träder i kraft.

3. Detta tilläggsavtal skall utgöra en integrerande del av avtalet av den 9 februari 1994 om uttag av en avgift för tunga fordon som använder vissa vägar.

Upprättat idenpå danska, franska, nederländska, svenska och tyska språken, som alla är lika giltiga, i en originalversion som deponeras i arkivet hos Europeiska gemenskapernas kommission tillsammans med avtalet av den 9 februari 1994. Europeiska gemenskapernas kommission skall överlämna en bestyrkt kopia till var och en av de avtalsslutande parterna.

Denkschrift**zu dem Protokoll über den Beitritt des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen****I. Allgemeines**

Der EG-Verkehrsministerrat erzielte am 19. Juni 1993 in Luxemburg nach jahrelangen Verhandlungen eine politische Einigung darüber, daß die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft strecken- oder zeitbezogene Straßenbenutzungsgebühren auf Autobahnen einführen oder beibehalten können.

In Umsetzung dieser politischen Erklärung verabschiedete der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft am 25. Oktober 1993 die Richtlinie Nr. 93/89/EWG über die Besteuerung bestimmter Kraftfahrzeuge zur Güterbeförderung sowie die Erhebung von Maut- und Benutzungsgebühren für bestimmte Verkehrswege durch die Mitgliedstaaten.

Der EuGH erklärte die Richtlinie 93/89/EWG in seinem Urteil vom 5. Juli 1995 für nichtig, stellte jedoch ausdrücklich fest, daß die Wirkungen der für nichtig erklärten Richtlinie als fortgeltend zu betrachten sind, bis der Rat in diesem Bereich eine neue Regelung erlassen hat.

Seit 1. Januar 1995 werden in der Bundesrepublik Deutschland Autobahngebühren für deutsche und ausländische Lkw ab 12 t zulässigem Gesamtgewicht erhoben, deren Höchstsatz seit 1. Januar 1997 bei ca. 2400,- DM pro Jahr liegt. In Umsetzung der gemeinsamen Erklärung der Verkehrsminister Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks und der Bundesrepublik Deutschland vom 19. Juni 1993 in Luxemburg haben diese Länder ein Übereinkommen über die Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen erarbeitet, das am 9. Februar 1994 in Brüssel unterzeichnet worden ist. Dieses Übereinkommen ist im Rahmen eines Vertragsgesetzes von den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes ergänzt um nationale Durchführungsbestimmungen (Autobahnbenutzungsgebührengesetz für schwere Nutzfahrzeuge – ABBG) in nationales Recht umgesetzt worden.

Neben Deutschland haben auch Belgien und Dänemark eine entsprechende Gebührenpflicht dort zum 1. Januar

1995 eingeführt. Luxemburg ist zum 1. März 1995, die Niederlande zum 1. Januar 1996 gefolgt.

Schweden bekundete Ende 1995 seinen Wunsch zum Beitritt des Übereinkommens vom 9. Februar 1994. In der Folge wurde ein Beitrittsabkommen zwischen den Verbundstaaten und Schweden ausgehandelt. Das Protokoll zum Beitritt Schwedens zum Übereinkommen vom 9. Februar wurde am 25./26. Juni 1996 in Kopenhagen paraphiert. Mit der nunmehr erfolgten Unterzeichnung steht einer Ausweitung der zeitbezogenen Gebührenpflicht für Kraftfahrzeuge, die in Schweden zugelassen sind bzw. die dortigen Autobahnen benutzen, nichts mehr entgegen. Die Gebührenpflicht gilt für alle Kraftfahrzeuge, die ausschließlich für den Güterkraftverkehr bestimmt sind und ein zulässiges Gesamtgewicht von mindestens 12 t haben. Schweden beabsichtigt, die Gebührenpflicht im Januar oder Februar 1998 einzuführen.

II. Besonderes**Zu Artikel 1**

Artikel 1 legt den von den Vertragsparteien mit diesem Protokoll verfolgten Zweck dar.

Zu Artikel 2

Artikel 2 Absatz 1 legt die notwendige Ergänzung des Begriffes „Hoheitsgebiet der Vertragsparteien“ auf das europäische Hoheitsgebiet des Königreichs Schweden fest.

Artikel 2 Absatz 2 regelt die erforderliche Neuverteilung des Gebührenaufkommens zwischen den Vertragsparteien, die die gemeinsame Gebühr erheben und die für Kraftfahrzeuge entrichtet wurde, die außerhalb des Hoheitsgebietes dieser – nunmehr sechs – Vertragsparteien zugelassen sind.

Zu Artikel 3

Artikel 3 regelt das Inkrafttreten des Übereinkommens, wobei in Absatz 3 eine vorläufige Anwendung ab 1. Januar 1997 vorgesehen ist.

Denkschrift**zu dem Zusatzübereinkommen zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen****I. Allgemeines**

Bei den Verhandlungen zum Übereinkommen vom 9. Februar 1994 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen betonte die Bundesregierung stets, daß nach ihrer Auffassung Transporte im Vor- und Nachlauf des Kombinierten Verkehrs von der Gebührenpflicht auszunehmen seien. Grund für diese Haltung der Bundesregierung war und ist die Tatsache, daß durch die verstärkte Nutzung des Kombinierten Verkehrs überregionale Straßen, insbesondere die Bundesautobahnen, spürbar entlastet werden und umweltfreundlichere Verkehrsträger genutzt werden. Lediglich die kurzen Vor- und Nachläufe werden auf den Straßen abgewickelt, der Langstreckentransport findet auf der Schiene oder dem Wasser statt.

Bereits das vom Europäischen Gerichtshof aus anderen Gründen für mit EU-Gemeinschaftsrecht unvereinbar erklärte Gesetz über Gebühren für die Benutzung von Bundesfernstraßen mit schweren Lastfahrzeugen vom 30. April 1990 (BGBl. I 1990 S. 826) sah deshalb in § 10 eine Ausnahmeregelung für den Kombinierten Verkehr vor.

Angesichts des anhaltenden Widerstandes einzelner Staaten gegen eine Sonderbehandlung des Kombinierten Verkehrs hat die Bundesregierung bei den Verhandlungen zum Übereinkommen ihre Forderung zurückgestellt, um den Abschluß des Übereinkommens insgesamt nicht zu gefährden. In das Übereinkommen vom 9. Februar 1994 wurde deshalb keine Sonderregelung für den Kombinierten Verkehr aufgenommen.

Diese Entscheidung hatte zur Folge, daß der Kombinierte Verkehr in Deutschland bei gemeinsamer Würdigung der steuerpolitischen Maßnahmen vom 1. April 1994 und der Einführung der Autobahnbenutzungsgebühr zum 1. Januar 1995 gegenüber dem Straßengüterverkehr relativ schlechter gestellt wurde. Die von der Bundesregierung

angestrebte Förderung des Kombinierten Verkehrs gegenüber dem reinen Straßentransport verringerte sich deutlich.

Im Interesse einer ausgewogenen Verkehrspolitik wurde das gesetzte Ziel nach Inkrafttreten des Übereinkommens weiterverfolgt. Bei den regelmäßigen Sitzungen mit den Verbundpartnern wurde das Thema von deutscher Seite wiederholt aufgegriffen und schließlich einer einvernehmlichen Lösung zugeführt. Ergebnis dieser Verhandlungen ist das Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen vom 9. Februar 1994. Das Zusatzübereinkommen wurde am 3. September 1996 in Brüssel paraphiert. Mit der nunmehr erfolgten Unterzeichnung sind die rechtlichen Rahmenbedingungen unter Beachtung von EU-Gemeinschaftsrecht geschaffen worden, durch das von der Befreiungsmöglichkeit bzw. Rückerstattungsregelung tatsächlich Gebrauch gemacht werden kann. Dies bleibt einer gesonderten Gesetzesvorlage vorbehalten.

II. Besonderes**Zu Artikel 1**

Artikel 1 Abs. 1 legt den von den Vertragsparteien mit diesem Zusatzübereinkommen verfolgten Zweck dar. Dabei ist sicherzustellen, daß Diskriminierungen aufgrund der Staatsangehörigkeit ausgeschlossen werden, wenn eine Vertragspartei von der Regelung tatsächlich Gebrauch macht.

Artikel 1 Abs. 2 legt bestimmte Unterrichtungspflichten zwischen den Vertragsparteien fest.

Zu Artikel 2

Artikel 2 regelt in Absatz 1 das Inkrafttreten des Zusatzübereinkommens und enthält in Absatz 3 die Klarstellung, daß das Zusatzübereinkommen Bestandteil des Übereinkommens vom 9. Februar 1994 ist.